
**Impulse aus dem
Beirätedialog 2020:**

Welche Zukunft
nach der Krise?

wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Über den Beirätedialog

Kräfte wissenschaftlicher Politikberatung für Nachhaltigkeitspolitik zu bündeln und systematisch in den Dialog mit Politik und Regierung einzubringen: Das ist das zentrale Ziel des Beirätedialogs, den die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (wpn2030) seit 2018 gemeinsam mit dem Sustainable Solutions Network (SDSN) Germany durchführt - ein Dialog von Wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung über unterschiedliche Politikfelder hinweg zu Fragen von Nachhaltigkeitspolitik und wissenschaftlicher Politikberatung. Der jährliche Beirätedialog fand am 21. September 2020 zum dritten Mal statt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde der Beirätedialog 2020 in einem hybriden Format durchgeführt. Insgesamt nahmen 24 Vertreter*innen von 20 verschiedenen Beiräten der Bundesregierung am Beirätedialog 2020 teil, 15 Vertreter*innen vor Ort in Berlin, weitere neun Vertreter*innen virtuell. Weiterhin beteiligten sich zehn Vertreter*innen des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien virtuell am Dialog.

Zitation

Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 und SDSN Germany (Eds.) (2020) „Welche Zukunft nach der Krise? Impulse aus dem Beirätedialog 2020“. Unter Mitarbeit von: A. Ellersiek und A. Kloke-Lesch

DOI

10.48440/iass.2021.003

Welche Zukunft nach der Krise?

Impulse aus dem Beirätedialog 2020

Abkürzungsverzeichnis

BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMF	Bundesministerium für Finanzen
DNS	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie
EU	Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union
GSDR	(Global Sustainable Development Report) Globaler Nachhaltigkeitsbericht
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskonferenz
SDGs	Sustainable Development Goals
SVR	Sachverständigenrat
VN	Vereinte Nationen
WGL	Leibniz-Gemeinschaft

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung: Beirätedialog 2020	4
Impulse aus dem Beirätedialog 2020	6
<i>Schlüsseltransformationen: Chancen für eine nachhaltige(re) Krisenbewältigung?</i>	7
<i>Welche Voraussetzungen braucht die wissenschaftliche Politikberatung?</i>	11
Ausblick	16
Anhang	17
<i>Teilnehmende wissenschaftliche Beiräte</i>	17

Zusammenfassung: Beirätedialog 2020

Unter dem Titel „Welche Zukunft nach der Krise?“ kamen am 21. September 2020 Vertreter*innen von zwanzig wissenschaftlichen Beiräten der Bundesregierung¹ zum Beirätedialog 2020 zusammen. Die Pandemie beeinflusst die Arbeit der Beiräte in allen Politikfeldern und Sektoren. Bereits in den Monaten vor der Veranstaltung hatten sich die Teilnehmer*innen des Beirätedialogs zahlreich zur COVID-19-Pandemie, ihren Ursachen und Folgen und in die Beratung von Strategien zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung eingebracht. Der Beirätedialog 2020 orientierte sich an zwei Leitfragen, zu denen die Einschätzungen der Teilnehmer*innen² zusammengeführt und im Dialog auch mit Vertreter*innen der Bundesregierung beraten wurden:

**Leitfrage 1: Schlüsseltransformationen und Missionen:
Chancen für eine nachhaltige(re) Krisenbewältigung?**

Leitfrage 2: Welche Voraussetzungen braucht die wissenschaftliche Politikberatung?

Im Folgenden werden die im Dialog geäußerten Vorschläge und Ideen zu den zwei übergeordneten Leitfragen in Kernimpulse zusammengefasst:

Schlüsseltransformationen und Missionen: Chancen für eine nachhaltige(re) Krisenbewältigung?

Die COVID-19-Pandemie hat unsere Gesellschaften und Zukunftsentwürfe stark erschüttert. Inmitten der Krise ist kaum abzusehen, wie unsere Welt danach aussehen wird. Die Zukunft dürfte aber nicht nur unsicherer, sondern auch offener für Gestaltung geworden sein. Die Krise führt zu lange nicht gesehener politischer Handlungsbereitschaft und einer Mobilisierung in Höhe und Geschwindigkeit bislang unvorstellbarer finanzieller Mittel. Dabei orientiert sich die Politik auch an zahlreichen übergreifenden Schlüsseltransformationen und Strategien³. Im Dialog wurden erste *lessons learnt* aus den letzten Monaten abgeleitet, wenn es jetzt um strategische Priorisierungen für die mittel- und langfristige Zukunftsgestaltung geht. Die strategische Fokussierung auf *Schlüsseltransformation* wurde von den Teilnehmer*innen grundsätzlich begrüßt, um einen neuen Blick auf die Systeme und ihr Zusammenwirken zu werfen und in diesen Prozessen stärker voranzukommen. Dabei sollten die folgenden fünf Impulse berücksichtigt werden:

Impuls 1: Die Priorisierung von Schlüsseltransformationen bedarf eines politikfelderübergreifenden Verständnisses der Krise und des politischen Handlungsbedarfs.

¹ Siehe Anhang: Teilnehmende wissenschaftliche Beiräte, S. 17, dieses Dokument.

² Die Äußerungen werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben. Da die Veranstaltung unter Chatham House Rule abgehalten wurde und die Vertreter*innen *ad personam* und nicht für Ihre Gremien sprechen, werden weder die Namen der Vertreter*innen noch der jeweiligen Beiräte genannt.

³ Vgl. European Green Deal, das Zukunftspaket der Bundesregierung oder das EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europa (2021-2027), etc.

- Impuls 2:** Die Beratung von Schlüsseltransformationen bedarf der Freiräume zum Experimentieren und Ausprobieren neuer Lösungen.
- Impuls 3:** Schlüsseltransformationen benötigen horizontale und vertikale Verankerung und begleitende Narrative.
- Impuls 4:** Soziale Faktoren müssen nicht nur in ihren Hebelwirkungen, sondern als auch als eigenständige Transformationsbereiche stärker in den Blick genommen werden.
- Impuls 5:** Die strategische Priorisierung von Schlüsseltransformationen benötigt transparente Dialog- und Entscheidungsprozesse, die Zielkonflikte aufzeigen und lösen können.

Welche Voraussetzungen braucht die wissenschaftliche Politikberatung?

Die Nachfragen aus der Politik an die Wissenschaft sind seit den ersten Monaten der Krisenbewältigung stark gestiegen. Die wissenschaftliche Politikberatung ist durch die Präsenz von Wissenschaft in den Medien stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Dieser Aufmerksamkeits- und Bedeutungsgewinn geht mit zusätzlichen Belastungen für die Beratenden einher. Wenn die hieraus entstehenden Möglichkeiten dauerhaft produktiv genutzt werden sollen, müssen die Voraussetzungen für die wissenschaftliche Politikberatung verbessert werden. Gerade mit Blick auf den Austausch und die Bearbeitung von politikfelderübergreifenden nachhaltigkeitspolitischen Fragestellungen und in Krisenmomenten braucht es zusätzlicher Ressourcen und Möglichkeiten, um erhöhten Beratungsbedarfen gerecht werden zu können. Bei der Verbesserung der Voraussetzungen für die wissenschaftliche Politikberatung sollten sechs Impulse handlungsleitend werden:

- Impuls 6:** Die wissenschaftliche Politikberatung braucht besonders in Krisensituationen eine Diversität an Expertise.
- Impuls 7:** Die wissenschaftliche Politikberatung muss als Teil der *Third Mission* im Wissenschaftssystem anerkannt und entsprechende Anreizformate geschaffen werden.
- Impuls 8:** Der politikfelderübergreifende Austausch wissenschaftlicher Beratungsgremien ist zu stärken.
- Impuls 9:** Der Dialog zwischen der Wissenschaft und der Politik muss die Öffentlichkeit stärker und systematischer miteinbeziehen.
- Impuls 10:** Die strukturellen Voraussetzungen für den Dialog im Rahmen des *Science-Policy-Interfaces* müssen verbessert werden.
- Impuls 11:** Eine problemzentrierte Bearbeitung von politikfelderübergreifenden Fragestellungen erfordert einen strukturellen Wandel auch auf Seiten der Politik

Zu den im Dialog geäußerten Ideen und Vorschlägen zu einer nachhaltigen Krisenbewältigung und zur Verbesserung der Voraussetzungen für die wissenschaftliche Politikberatung und für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik wurden im Kreis der Beteiligten Folgeschritte vereinbart, die auch im Dialog mit der Bundesregierung weiterverfolgt werden sollen. Der nächste Beirätedialog wird am 17. Mai 2021 stattfinden.

Impulse aus dem Beirätedialog 2020

Der Beirätedialog 2020 wurde am 21. September von Christa Liedtke (Ko-Vorsitzende wpn2030, Lenkungsausschuss-Mitglied SDSN Germany), Patrizia Nanz (Ko-Vorsitzende wpn2030) und Daniela Jacob (Ko-Vorsitzende wpn2030, Lenkungsausschuss-Mitglied SDSN Germany), zusammen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung eröffnet. Ministerialdirektor Volker Rieke, Leiter der Abteilung „Zukunftsvorsorge - Forschung für Grundlagen und nachhaltig Entwicklung“ im BMBF unterstrich die wichtige Rolle der Beiräte und begrüßte den Beirätedialog als ein innovatives und attraktives Format, um die gemeinsame Bearbeitung aktueller und zukünftiger gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation sei es erforderlich, gesellschaftliche Zielvorstellungen zu hinterfragen und Nachhaltigkeit ins Zentrum von Fragen nach der Resilienz und der Zukunftsfähigkeit zu stellen. Der Beirätedialog 2020 begann mit einer „Blitzlichterrunde“, in der alle Teilnehmer*innen von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in den unterschiedlichen Politikfeldern und von der derzeit großen Unsicherheit auf Seiten der Politik, aber auch auf Seiten der wissenschaftlichen Politikberatung berichteten. Der Beirätedialog widmete sich dann in zwei weiteren Roundtables den übergeordneten Leitfragen der Veranstaltung:

**Leitfrage 1: Schlüsseltransformationen und Missionen:
Chancen für eine nachhaltige(re) Krisenbewältigung?**

Leitfrage 2: Welche Voraussetzungen braucht die wissenschaftliche Politikberatung?

Der Beirätedialog 2020 schloss mit einem Austausch und Vereinbarungen zu aktuellen Prozessen und nächsten Schritten. Der folgende Bericht fasst die im Dialog von den Teilnehmer*innen entwickelten Einschätzungen und Vorschläge zu den beiden Leitfragen zusammen und präsentiert resultierende zentrale Impulse.⁴

⁴ Die Äußerungen werden im Folgenden zusammengefasst wiedergegeben. Da die Veranstaltung unter Chatham House Rule abgehalten wurde und die Vertreter*innen *ad personam* und nicht für Ihre Gremien sprechen, werden weder die Namen der Vertreter*innen noch der jeweiligen Beiräte genannt.

Schlüsseltransformationen und Missionen: Chancen für eine nachhaltige(re) Krisenbewältigung?

In Wissenschaft und Politik formulierte Schlüsseltransformationen und Strategien⁵ sollen Orientierung in der derzeitigen Krisenbewältigung und für eine nachhaltige Entwicklung bieten. Beispielsweise skizziert der zum SDG-Gipfel der Vereinten Nationen im September 2019 vorgestellte [Weltnachhaltigkeitsbericht](#) (Global Sustainable Development Report, GSDR)⁶ sechs konkrete Zugangspunkte⁷ („Entry Points“) und vier Hebel („Levers“), um die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 Zielen (SDGs) zu ermöglichen. Die strategische Priorisierung von Schlüsseltransformationen ermögliche eine bessere Analyse und Nutzung von Wechselwirkungen und Synergieeffekten zwischen den Nachhaltigkeitszielen / SDGs. Eine gezielte Nutzung zentraler transformativer Hebel könne zu einer beschleunigten Umsetzung der Agenda 2030 führen. Die im GSDR skizzierten Transformationsbereiche wie auch die im europäischen Green Deal herausgestellten Transformationen geben wiederum Richtung für die von der Bundesregierung für die Erreichung der Ziele der Agenda 2030 in der [Dialogfassung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) priorisierten Transformationsbereiche: „Energiewende und Klimaschutz“, „Kreislaufwirtschaft“, „Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende“, „Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“, „Schadstofffreie Umwelt“ und „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“.

Der Beirätedialog 2020 warf die übergeordnete Fragestellung auf, ob und wie derartige strategische Schwerpunktsetzungen auf Schlüsseltransformationen hilfreich sind und benötigt werden, um die Krise nachhaltig(er) zu bewältigen. Anhand von aktuellen Beispielen von Berichten und Gutachten aus der Arbeit der Beiräte zu (Schlüssel-)Transformationen wurden in der Gesamtschau strategische Priorisierungen von den Teilnehmer*innen als hilfreich angesehen, um einen neuen Blick auf die Systeme und ihr Zusammenwirken zu werfen und in diesen Prozessen stärker voranzukommen. Diskutiert wurden die Herausforderungen, die damit einhergingen, dass die Priorisierung von Schlüsseltransformationen eine sowohl plurale und reflexive als auch eine integrierte Wissenschaft und Politik erfordere.

Impuls 1: Die Priorisierung von Schlüsseltransformationen bedarf eines politikfelderübergreifenden Verständnisses der Krise und des politischen Handlungsbedarfs.

Die aktuelle Krise wurde als ein Brennglas beschrieben, das den Blick auf bereits langschwelende Transformationsbedarfe und Herausforderungen lenke, die nun umso dringlicher adressiert werden müssten. In der Politikberatung im Krisenkontext gehe es immer wieder auch darum, dazu beizutragen, dass die Gestaltung aktueller Maßnahmen zur Pandemiebewältigung, langfristige erforderliche Transformationsprozesse (z. B. bezogen auf den Klimawandel und die Energieversorgung, die

⁵ Vgl. auch: European Green Deal, das Zukunftspaket der Bundesregierung oder das EU-Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont Europa (2021-2027), etc.

⁶ Der Weltnachhaltigkeitsbericht wurde durch die HLPF-Ministererklärung von 2016 mandatiert und wird alle vier Jahre veröffentlicht.

⁷ Die sechs im GSDR skizzierten Zugangspunkte sind: „Menschliche Wohlfahrt“, „Nachhaltige und gerechte Wirtschaft“, „Nahrung und Ernährung“, „Städtische Entwicklung“, „Zugang zu Energie und Dekarbonisierung“ und „Sicherung der globalen Güter“.

Digitalisierung, den demografischen Wandel) nicht zu be- oder gar zu verhindern. Die [Off-Track-Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) verdeutlichten, dass sich zahlreiche der von der Bundesregierung selbst gesetzten Ziele, besonders in den sozialen und [umweltpolitischen Zielbereichen](#), teils seit Langem und auch bereits vor der Krise nicht auf Kurs befinden. Es sei zu erwarten, dass sich diese Negativentwicklungen unter der Krise weiter verstärken. Es sei daher erforderlich, über die verschiedenen Politikfelder hinweg ein (gegenseitiges) Verständnis der Krisenhaftigkeit der aktuellen Situation und ihrer kurz-, mittel- und langfristigen Implikationen zu entwickeln. Die aktuelle Krise zeige, dass in die Bewertung der Dringlichkeit politischen Handelns ein deutlich langfristiger, präventions- und resilienzgeleiteter und politikfelderübergreifender Blick einfließen müsse.

Impuls 2: Die Beratung von Schlüsseltransformationen bedarf der Freiräume zum Experimentieren und Ausprobieren neuer Lösungen.

Aus innovationsökonomischer Sicht wurde angesprochen, dass transformative Innovationsprozesse mit hoher Unsicherheit verbunden seien, da sie weit in die Zukunft hineinreichen und nicht bestehende Technologien verbesserten, sondern auf gänzlich neuen Lösungen beruhten. Daher müsse man zunächst ein Portfolio vieler unterschiedlicher möglicher Lösungsansätze konzipieren: z. B. aus Elektro-, Wasserstoff-, synthetischen und anderen Technologien, die man dann ausprobieren müsse, bevor man priorisieren könne. Diskutiert wurden Forderungen nach Technologieneutralität, als technologiebezogene Neutralität des innovationsunterstützenden regulatorischen Eingriffs, und nach Technologieoffenheit, als Eigenschaft eines verzerrungsfreien Entscheidungsfeldes. Wenn Pfadabhängigkeiten und nicht eingepreiste externe Kosten den Wettbewerb verzerrten, laufe man Gefahr, an bestehenden Systemen festzuhalten und wirkliche Transformationen zu be- oder gar zu verhindern. Zudem müssten auch für die Forschung zu den sozialen und sozialpolitischen sowie zu den umweltpolitischen Fragestellungen Freiräume zum Experimentieren und Ausprobieren neuer Lösungen geschaffen werden, um dann priorisieren, erfolgreiche Lösungen vorantreiben und die langfristig benötigte Resilienz gegenüber Krisen aufbauen zu können. Reflexive Governance-Ansätze müssten die sich verändernden und über die Politikfelder hinweg variierenden Entscheidungs- und Beratungsvoraussetzungen einbeziehen, die erforderlichen Öffnungen und Zuspitzungen orchestrieren und sowohl die Beratung als auch die Umsetzung transformativer Lösungen schrittweise iterativ gestalten.

Impuls 3: Schlüsseltransformationen benötigen horizontale und vertikale Verankerung und begleitende Narrative.

Die mit der Priorisierung auf Schlüsseltransformationen angestrebte problemadäquate Abbildung und Bearbeitung komplexer Zusammenhänge, beispielsweise der Agenda 2030 / SDGs, wurde von den Teilnehmer*innen begrüßt. Bisherige Umsetzungserfahrungen zeigten aber auch, dass integrative Strategien horizontal, d. h. ressort- und politikfelderübergreifend und auf lokaler, kommunaler und regionaler Ebene verankert werden müssten. Die Entwicklung von Landesnachhaltigkeitsstrategien von inzwischen 11 Bundesländern unterstreiche die Bedeutung vertikaler Integration. Eine Kontextualisierung von Schlüsseltransformationsvorhaben bedürfe zudem der Prüfung bestehender und der Entwicklung neuer Narrative. Z. B. sei der „Wendebegriff“ in einigen Sektoren negativ konnotiert, während der

Transformationsbegriff positiv wahrgenommen werde. Neue Narrative müssten die ökonomische Wertschöpfung mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und sozialem Zusammenhalt besser integrieren. Es müsse eine positivere Vision vermittelt werden, die Schlüsselakteure aktiv einbindet und ermöglicht, die Potenziale von Transformationsprozessen für Klimaschutz, Biodiversität, Wertschöpfung, Beschäftigung, Bildung, Gesundheit und Teilhabe herauszuarbeiten. Schlüsseltransformationen, wie z. B. durch den GSDR und den europäischen Green Deal skizziert, könnten nur strategische Rahmen setzen, die konkreten Narrative und Roadmaps müssten *bottom-up* im Dialog erarbeitet werden. Es wurde angeregt, dass auch die Beiräte die Wirkung ihrer Arbeit dahingehend hinterfragen, ob sie bestehende Narrative fortschreiben. Wann und wie gelingt es, Pfadabhängigkeiten zu überwinden und disruptiv neue Narrative zu entwickeln?

Impuls 4: Soziale Faktoren müssen nicht nur in ihren Hebelwirkungen, sondern auch als eigenständige Transformationsbereiche stärker in den Blick genommen werden.

Die Beiträge zu den Auswirkungen der Pandemie zeigten, dass bei der Fokussierung auf Schlüsseltransformationen und übergreifende Hebel nicht nur auf z. B. Finanzen und Digitalisierung geschaut werden dürfe. Der soziale Bereich erfordere viel stärkere Aufmerksamkeit und müsse nicht nur als Hebel („*just transition*“), sondern auch als eigenständige Transformationsherausforderung behandelt werden. Insbesondere müssten Fragen nach den Wirkungen von sozialer Mobilisation und Teilhabe, Chancengleichheit und Kohäsion auf Transformationsprozesse bzw. als essentielle Grundlagen und Zielsetzungen dieser Prioritäten thematisiert werden. Zum einen wurde dem Prinzip der Agenda 2030 „Niemanden zurücklassen“ folgend auf die besondere Betroffenheit von einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Pandemie hingewiesen. Zum anderen würden die aktuellen Diskussionen zu Grundabsicherung und staatlicher Verantwortung sowie von unternehmerischen und Verbraucherrechten die Notwendigkeit einer differenzierteren Betrachtung sowohl der Resilienz als auch der Fragilität unseres gesamtgesellschaftlichen Gefüges unterstreichen. Bisherige sozialpolitische Lösungen, wie z. B. durch erfolgreiche Rentenpolitik, reichten nicht mehr aus, um aktuellen Verteilungsfragen und zukünftigen Herausforderungen, z. B. durch Digitalisierung, Klimawandel und Migration gerecht werden zu können. Mit Blick auf die soziale Akzeptanz von aktuellen Maßnahmen zur Refinanzierung von Krisenbewältigungsstrategien und Konsolidierungskosten sei der Blick auf diese Faktoren zukünftig umso entscheidender. Auch globale Herausforderungen, z. B. durch die im Vergleich zu Europa gegenläufige demographische Entwicklung in den von Armut, sozialer Ungleichheit und Klimawandel besonders stark betroffenen Ländern und Regionen, seien durch bisher immer noch stark national ausgerichtete (Sozial-)Politiken nicht zu bewältigen. Die Analysen zu diesen Fragestellungen müssten deutlich ausgebaut und langfristig erfolgreiche Lösungsansätze erarbeitet werden.

Impuls 5: Die strategische Priorisierung von Schlüsseltransformationen benötigt transparente Dialog- und Entscheidungsprozesse, die Zielkonflikte aufzeigen und lösen können.

Die Thematisierung und Auflösung von Zielkonflikten wurde als zentral für die Priorisierung und Gestaltung von erfolgreichen Transformationsprozessen gesehen. Politikfelderübergreifende Fragestellungen würden aber immer noch zumeist innerhalb der Politikfelder und Ressortgrenzen

bearbeitet werden, ohne ausreichende übergreifende Bezüge herzustellen. Durch die aktuelle Krise stellten sich aber Fragen, die eines gesamtgesellschaftlichen Dialogs bedürfen, beispielsweise die Frage, inwiefern Schranken, die es bisher in Bezug auf die Wahrung von Grundrechten gab, derzeit temporär verrückt werden beziehungsweise verrückt werden müssten. Oder die Frage, inwiefern die Grund- oder Daseinsversorgung vor dem Hintergrund eines durch die Krise geprägten gesamtgesellschaftlichen Risikobewusstseins neu gedacht werden müsse. Auch müsse gefragt werden, inwiefern abzuleitende Rechte und Ansprüche in ihrer Erfüllung über den Markt oder den Staat zu organisieren seien, wenn wichtige medizinische Produkte fehlten oder Impfstoffe verteilt werden müssen. Diese Fragen wurden unter dem Oberbegriff der Resilienz diskutiert. Über Forderungen an die (staatliche) Daseinsvorsorge hinaus beziehe sich Resilienz aber auch auf die Fähigkeit einer (inter-)aktiven und vorausschauenden gesamtgesellschaftlichen Zukunftsgestaltung. Hierfür brauche es eine aktive Governance, die es ermögliche, tiefgreifende Abwägungsentscheidungen treffen zu können, beispielsweise zu einer medizinischen Triage, zur Frage der gerechten Verteilung ökonomischer Lasten sowie zwischen Gesundheitsschutz und Unternehmens- und Eigentumsrechten. Hierfür fehle es bisher an Dialogen und Prozessen, in denen potenziell tiefliegende Zielkonflikte offen angesprochen und verhandelt werden können. Wenn aber das Thema Nachhaltigkeit als Achse zur Krisenbewältigung in die Politikfelder einziehen solle, brauche man Evidenzen dafür, wie diese Konflikte offengelegt, verhandelt und aufgelöst werden können. Austausch zu bestehenden Erfahrungen aus Strukturwandel-Kommissionsarbeiten, beispielsweise zum Kohleausstieg oder zum anvisierten Umbau der Tierhaltung etc., wurde gewünscht. Die politische Entscheidungsfindung zu den durch die Krise akut aufgeworfenen gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen könne man aber nicht partiell für einzelne Sektoren lösen. Eine *lernende Wissenschaft* müsse ihre eigenen Grundannahmen zu diesen Fragen transparent machen und kritisch hinterfragen sowie mögliche Zielkonflikte aufweisen. Sie könne und dürfe aber keinesfalls den Glauben an eine Szientokratie befeuern, indem sie den politischen Entscheidungsprozessen und der Auflösung dieser Zielkonflikte vorgreife.

Welche Voraussetzungen braucht die wissenschaftliche Politikberatung?

Die wichtige Rolle der wissenschaftlichen Politikberatung in der bisherigen und bevorstehenden Krisenbewältigung geht mit teils enormen zusätzlichen Belastungen für die Beratenden und ihre Gremien und Geschäftsstellen einher. Der Beirätedialog 2020 lud dazu ein, Ideen auszutauschen und gemeinsam Vorschläge zu formulieren, wie vor dem Hintergrund dieser aktuellen Erfahrungen die Voraussetzungen für die wissenschaftliche Politikberatung besser gestaltet werden können.

Einleitend wurden zunächst die unterschiedlichen Handlungslogiken und Leitunterscheidungen zwischen Wissenschaft und Politik verdeutlicht. Die Wissenschaft beschränke sich auf Empfehlungen und das Aufweisen von Optionen. Die aktuellen Erfahrungen zeigten aber, dass besser unterstützt werden müsse, wie diese Ergebnisse in die Politik und die Öffentlichkeit kommuniziert werden. Besonders die Grenzen der Verlässlichkeit und Vorhersagekraft wissenschaftlicher Ergebnisse müssten besser kommuniziert werden. Ferner wurde betont, dass auch innerhalb der Wissenschaft und der Wissenschaftspolitik die Anerkennung der wissenschaftlichen Politikberatung als wichtiger Teil der *Third Mission* im Rahmen des Wissenschaftssystems deutlich gestärkt werden müsse. Vorgeschlagen wurde die Einrichtung einer Professur für besondere Aufgaben. Diese Professur soll es Mitgliedern von Hochschulen, die gleichzeitig auch Mitglieder wissenschaftlicher Beratungsgremien sind, ermöglichen sich unter noch zu definierenden Bedingungen für einen begrenzten Zeitraum verstärkt der Politikberatung widmen zu können. Schließlich wurde, vor dem Hintergrund des inzwischen 50-jährigen Bestehens eines Beirats, unterstrichen, dass Beiräte Wege und Möglichkeiten finden können, ihre Unabhängigkeit und fachliche Expertise zu stärken und den besonders in der Krise auftretenden ad-hoc Beratungsbedarfen gerecht zu werden.

Impuls 6: Die wissenschaftliche Politikberatung braucht besonders in Krisensituationen eine innere Diversität an Expertise.

Der Austausch machte deutlich, dass besonders die in den sogenannten „kleinen Fächern“ tätigen Kolleg*innen sich langfristig mit den jetzt in der Pandemiesituation und für die Krisenbewältigung relevanten Thematiken und Fragestellungen befasst hätten und ihr Wissen nun nutzbringend in die Anstrengungen zur Krisenbewältigung einbrächten, z. B. aus der Infektionshygiene und der Arbeitsmedizin. Diesen Fächern und (Teil-)Disziplinen sei aber beispielsweise in einem stark priorisierten Gesundheitssystem nur ein geringer Stellenwert beigemessen worden. Um Strukturen zu etablieren, die es ermöglichen, vergleichbaren zukünftig auftretenden Szenarien von Seiten der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Politikberatung weiterhin gerecht werden zu können, sei es daher zentral, den Fächerkanon wieder breiter aufzustellen und auch stark spezialisierte Fachbereiche entsprechend zu fördern. Nicht nur für wirtschaftlich relevante Innovationen und Transformationen bedürfe es einer solchen grundlegenden inneren Pluralität im Wissenschaftssystem. Auch für die Entwicklung von multiplen Lösungsansätzen für Krisen, die am Nexus von Umwelt und Gesundheit und in den sozialen Bereichen entstehen und für die Zukunft antizipiert werden, müssten die Politik und die Gesellschaft auf eine Vielfalt an Wissen und Expertise zurückgreifen können.

Impuls 7: Die wissenschaftliche Politikberatung muss als Teil der *Third Mission* im Wissenschaftssystem anerkannt und entsprechende Anreizformate geschaffen werden.

In den Beirätedialogen seit 2018 ist immer wieder angesprochen worden, dass die wissenschaftliche Politikberatung bisher keine ausreichende Anerkennung im Wissenschaftssystem erfahre. Um dies zu ändern, wurden im Beirätedialog 2020 verschiedene Vorschläge gemacht:

Schaffung eines Freisemesters für Wissenschaftskommunikation: Hochschullehrer*innen, außer-universitär tätige Wissenschaftler*innen, Juniorprofessor*innen, Promovierende und Studierende sollen Freisemester beantragen können, um sich der Wissenschaftskommunikation und der Beratung widmen können. Entsprechende begleitende Lehr- und Fortbildungsprogramme sollten von den Universitäten in Kooperation mit wissenschaftlichen politikberatenden Institutionen angeboten werden können.

Einrichtung einer Professur für besondere Aufgaben: In der Politikberatung tätige Mitglieder von Hochschulen sollen die Möglichkeit bekommen sich über eine solche Professur auf Zeit (z. B. 2-5 Jahre) von der Lehre freistellen zu lassen, um sich der wissenschaftlichen Politikberatung widmen zu können. Diskutiert wurden verschiedene Zeithorizonte für eine solche Professur und ob der Vorsitz oder die Mitgliedschaft in einem politikberatenden Gremium ausschlaggebend sei. Zudem sollten vergleichbare Formate für Nachwuchswissenschaftler*innen und zur Entlastung von Beratenden aus nicht rein-wissenschaftlichen Beratungsgremien gefördert werden.

Schaffung von Fördermöglichkeiten zur Unterstützung der Geschäftsstellen der Beiräte: Vergleichbar mit den zur COVID-19-Pandemie zahlreich bereitgestellten Ausschreibungen, sollen solche kurzfristig verfügbaren Förderungen langfristig eingerichtet werden, um zukünftigen erhöhten Beratungsbedarfen gerecht werden zu können, die über die reguläre Beratungstätigkeit der Beiräte hinausgingen.

Förderung der Beratung von beirats- und ressortübergreifenden Fragestellungen: Zusätzliche Fördermöglichkeiten sollen auch für die langfristige Bearbeitung relevanter übergreifender Fragestellungen eingerichtet werden, um den hierfür erforderlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand ausgleichen zu können.

Aufgrund der stark variierenden Ausstattungen und Bedarfe der Beiräte sollte eine Bestands- und Bedarfsanalyse durchgeführt werden. Diese sollte zusammen mit den im Beirätedialog 2020 geäußerten und diskutierten Vorschlägen als Grundlage für Gespräche mit den jeweiligen Kooperationspartnern dienen, um Möglichkeiten zu erörtern und Unterstützung für die diversen Bedarfe zu schaffen. Im Beirätedialog 2020 signalisierte das BMBF hierzu Bereitschaft für einen Austausch.

Impuls 8: Der politikfelderübergreifende Austausch wissenschaftlicher Beratungsgremien ist zu stärken.

Obwohl es bereits einige Beispiele für Kooperationen und gemeinsame Positionierungen gibt⁸, wurde im Beirätedialog 2020 erneut der Wunsch nach weiteren themenbezogenen Kooperationen geäußert. Der Austausch über Ressortzuständigkeiten und Politikfelder hinweg diene der gegenseitigen Information zu

⁸ Vgl. zum Beispiel den gemeinsamen [Bericht aus dem Beirätedialog 2019](#) mit gesammelten Empfehlungen zur Überarbeitung der DNS.

wichtigen Prozessen in den einzelnen Feldern und böte die Möglichkeit, Fachexpertise stärker zusammenzubringen und eigene „blind-spots“ in Ressourcen, Expertise und Blickwinkeln ausgleichen zu können. Die im Juli 2020 zum ersten Mal durchgeführte Veranstaltung [„Beiräte im Gespräch“](#) wurde als ein mögliches Format für solche Kooperationen zwischen den jährlichen Beirätedialogen genannt. Wichtig für den fruchtbaren Austausch über die Politikfelder hinweg sei zur Auftaktveranstaltung ein gemeinsamer Bezugspunkt gewesen, hier das Gesundheitssystem unter dem Eindruck der Pandemie. Im Beirätedialog 2020 wurden eine Reihe weiterer möglicher thematischer Schwerpunkte für zukünftige Kooperationen und Dialoge genannt. Im Nachgang zum Beirätedialog 2020 sollen diese weiter gesammelt und bearbeitet werden. Von Seiten der Rezipienten der Ergebnisse dieser Dialoge müsse evaluiert werden, inwiefern und für welche Fragestellungen und Herausforderungen politikfelderübergreifende Bearbeitungsformate einen Mehrwert schaffen.

Impuls 9: Der Dialog zwischen der Wissenschaft und der Politik muss die Öffentlichkeit stärker und systematischer einbinden.

Der Austausch im Beirätedialog 2020 unterstrich, dass die erzeugte öffentliche Aufmerksamkeit und Diskussion zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Politikberatung genauso wichtig sei wie der Austausch mit der Politik selber. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Politikberatung würden eher von der Politik aufgegriffen, wenn die Öffentlichkeit die Politik nach ihnen frage bzw. zu den Ergebnissen mit der Politik in den Dialog treten wolle. Systematische Analysen der Diskrepanzen zwischen wissenschaftlichen Empfehlungen und politischen Entscheidungen böten eine essenzielle Grundlage für diesen Dialog und unterstrichen zugleich die Unabhängigkeit der wissenschaftlichen Politikberatung. Besonders auch Jugendliche, Auszubildende, Studierende und Nachwuchswissenschaftler*innen sollten zukünftig stärker in diese Dialoge mit einbezogen werden. Es sei besonders in Bezug auf die Auswirkungen heutiger Politik auf Zukunftsthemen wichtig, nicht nur die aktuelle Politik zu beraten, sondern auch nachfolgende Generationen deutlich expliziter in diese Diskussionen einzubinden.

Impuls 10: Die strukturellen Voraussetzungen für den Dialog im Rahmen des Science-PolicyInterfaces müssen verbessert werden.

In den Beirätedialogen seit 2018 wurden immer wieder Verbesserungsvorschläge für die strukturellen Voraussetzungen für den Dialog mit der Politik zu den Ergebnissen der wissenschaftlichen Politikberatung angeregt. Im Beirätedialog 2020 wurden hierfür verschiedene Vorschläge und Ideen formuliert:

Reziprozität des Dialogs zwischen den Beiräten und den Ministerien stärken: Die Häufigkeit und die Art der Rückmeldungen der Ministerien variieren sowohl in Bezug auf das jeweilige Gremium und Ministerium / Behörde als auch in Bezug auf die jeweiligen Fragestellungen und Themen. Vorgeschlagen wurde, eine Bestandsaufnahme durchzuführen, um bedarfsspezifische Vorschläge formulieren und ggf. zukünftig anders, z.B. auf Grundlage einer systematischen Analyse von wissenschaftlichen Empfehlungen und politischen Entscheidungen und unter stärkerer Einbeziehung der Öffentlichkeit, mit den Ministerien in den Dialog treten zu können.

Verbesserung der Kohärenz der Rückmeldungen: Oft könne nicht geprüft werden, inwiefern die Rückmeldungen zu den Gutachten und Stellungnahmen unterschiedlicher Rezipient*innen auf Seiten der

Politik divergieren. Arbeiten, die übergreifende, für mehrere Ministerien relevante Fragestellungen adressierten, sollten auch eine übergreifende Rückmeldung durch die Bundesregierung erhalten, um so gemeinsam auf die Lösung von Zielkonflikten und eine gesteigerte Kohärenz hin wirken zu können.

Stärkere Einbindung von Parteien: Im Wahljahr 2021 sollten Veranstaltungen mit Kandidat*innen für Landtage und Bundestag durchgeführt werden, zu denen Schlüsselbotschaften aus den Gutachten und Stellungnahmen der teilnehmenden Beiräte als „Wahlprüfsteine“ formuliert und mit den Parteien und mit Blick auf deren Wahlprogramme diskutiert werden. Individuell aber in einer gemeinsamen Veranstaltung oder aber auch gegenseitig abgestimmt könne man so Minimalforderungen für die nächste Legislatur formulieren. Im Nachgang zum Beirätedialog 2020 sollen diese Kernbotschaften gesammelt und eine solche Veranstaltung konzipiert und für Anfang 2021 vorbereitet werden.

Reflexive Lernprozesse, Qualität der Rückmeldungen und gegenseitiges Verständnis im Science-Policy-Interface stärken: Um die Handlungslogiken der am Science-Policy-Interface beteiligten Akteure besser verstehen zu können, wurde angeregt, mit der Bundesregierung zur aktuellen Überarbeitung der DNS⁹ in den Dialog zu treten. In einem Brief an die Bundesregierung¹⁰ wurde eine gemeinsame Auswertung nach Abschluss der zweiten Konsultationsphase im Frühjahr 2021 angeregt.

Impuls 11: Eine problemzentrierte Bearbeitung von politikfelderübergreifenden Fragestellungen erfordert einen strukturellen Wandel auch auf Seiten der Politik.

Der Austausch im Beirätedialog 2020 macht deutlich, dass auch auf Seiten der Politik in Anbetracht der übergreifenden Herausforderungen der aktuellen Pandemieerfahrung strukturelle Anpassungen angestoßen werden müssten. Dazu gäbe es in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern, wie z.B. Frankreich, bisher sehr wenig Initiative. In der aktuellen Krisensituation stelle sich die Frage, ob die derzeit bestehenden Zuständigkeitszuschnitte der Bundesregierung und der Behörden eine effektive und problemzentrierte Herangehensweise ermöglichen. Wenn die Pandemiebewältigung zeige, dass bestehende Strukturen und Prozesse einem solchen problemzentrierten Ansatz nicht gerecht werden können, müssten entsprechende Änderungsprozesse angestoßen werden. Man könnte stärkere Anreizsysteme und Rechenschaftspflichten für eine problemzentrierte, übergreifende Zusammenarbeit schaffen, nicht nur in Krisensituationen, aber auch um langfristig die Früchte des Dialogs und des Wettbewerbs zwischen den Parteien, den Ressorts und den Behörden zusammenzuführen und besser nutzen zu können. Viele übergreifende Strategien, wie z. B. die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, die Hightech-Strategie oder die Nationale Bioökonomiestrategie und die Wasserstoffstrategie, sehen zunehmend politikfelderübergreifende Dialogstrukturen, wie z.B. Ressortkreise, auf Seiten der Politik und der Regierung vor. Der durch diese Ansätze geschaffene Mehrwert müsse für die Umsetzung dieser Strategien und auch für die aktuelle Krisenbewältigung evaluiert und ggf. angepasst werden.

⁹ In den Überarbeitungsprozess haben sich der Großteil der teilnehmenden Beiräte mit einem gemeinsamen [Bericht aus dem Beirätedialog 2019](#) eingebracht.

¹⁰ Der [Brief](#) wurde *ad personam* von u.a. Teilnehmer*innen des Beirätedialogs 2020 mitunterzeichnet und am 15. Oktober 2020 auf dem Forum Nachhaltigkeit des Bundeskanzleramtes an die Bundesregierung übergeben.

Ausblick

Zu den im Beirätedialog 2020 entwickelten Ideen und Vorschlägen für eine nachhaltige Krisenbewältigung, für die Verbesserung der Voraussetzungen für die wissenschaftliche Politikberatung und für den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik wurden im Kreis der Beteiligten Folgeschritte vereinbart, die auch im Dialog mit der Bundesregierung weiter bearbeitet werden sollen. Der Beirätedialog 2021 wird am 17. Mai 2021 stattfinden.

Anhang

Teilnehmende wissenschaftliche Beiräte

Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung
Deutscher Ethikrat
Digitalrat der Bundesregierung
Expertenkommission Forschung und Innovation
Fördernetzwerk Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung
Rat für Nachhaltige Entwicklung
Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten
Sachverständigenrat für Umweltfragen
Sachverständigenrat für Verbraucherfragen
Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Sozialbeirat
Vereinte Nationen - politischer Beirat
Wissenschaftlicher Arbeitskreis für Regulierungsfragen
Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Finanzen
Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr und Digitale Infrastruktur
Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz
Wissenschaftlicher Beirat für Biodiversität und Genetische Ressourcen
Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen

**wissenschaftsplattform
nachhaltigkeit
2030**



wissenschaftsplattform nachhaltigkeit 2030

Über die
wpn2030

Die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 ist ein zentraler Ort der Wissenschaft, an dem sie drängende Fragen der Nachhaltigkeitspolitik reflektiert und diskutiert – im Austausch mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wissen für Nachhaltigkeit wird dort zusammengetragen und weitergetragen, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Plattform arbeitet unabhängig und ist systematisch eingebunden in den offiziellen politischen Steuerungs-, Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Träger der Plattform sind SDSN Germany, DKN Future Earth und das IASS Potsdam.

Mitglieder des
Lenkungskreises

Günther Bachmann, Marianne Beisheim, Jetta Frost, Jörg Hacker, Reiner Hengstmann, Thomas Holtmann, Daniela Jacob (Co-Vorsitzende) Adolf Kloke-Lesch (ex officio), Stephan Lessenich, Christa Liedtke (Co-Vorsitzende), Kai Lindemann, Karsten Löffler, Ursula Mathar, Klaus Milke, Alexander Müller, Patrizia Nanz (Co-Vorsitzende), Jürgen Renn, Ulrike Schell, Falk Schmidt (ex officio), Dennis Snower, Sebastian Sonntag (ex officio), Olaf Tschimpke, Markus Vogt, Joachim von Braun, Hilmar von Lojewski, Marion Weissenberger-Eibl

Kontakt

Geschäftsstelle Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030
Falk Schmidt, Leiter Geschäftsstelle
c/o Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS)
Berliner Str. 130, 14467 Potsdam
Tel.: +49-331-28822-456
www.wpn2030.de, info.wpn2030@iass-potsdam.de

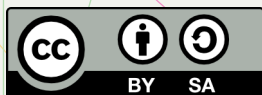
Redaktion

Anne Ellersiek, Bastian Strauch

ViSdP

Prof. Daniela Jacob
Prof. Christa-Liedtke
Prof. Patrizia Nanz

Wissenschaftliche
Trägerorganisationen



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung